

Gaza: Die mediale Begleitung eines Völkermords

Alain Gresh, Sarra Grira, orientxxi.info, 09.01.24

„Schon 90 Tage lang gelingt es mir nicht, das zu verstehen. Tausende Menschen werden getötet oder verstümmelt, überwältigt von einem Sturm der Gewalt, den man wohl kaum als Krieg bezeichnen kann, es sei denn aus geistiger Bequemlichkeit.“

In seinem Rücktrittsschreiben, nach zwölf Jahren guten und treuen Dienstes, aus Protest gegen die Art und Weise, wie seine Zeitung über die Situation in Gaza berichtete, verurteilte Raffaele Oriani, Korrespondent der Wochenbeilage der italienischen Tageszeitung *La Repubblica*, die „unglaublich Zurückhaltung des Großteils der europäischen Presse“ einschließlich von *La Repubblica* – „heute wird das Massaker an zwei ganzen Familien nur noch in der letzten Zeile von Seite 15 erwähnt“. Und er weist auf die „mediale Begleitung“ hin, die diese Massaker möglich macht.

Vor gar nicht langer Zeit waren die westlichen Medien nicht so schüchtern. Sie haben nicht darauf verzichtet, die russische Invasion in der Ukraine anzuprangern, und es wäre ihnen allen nie in den Sinn gekommen, den Begriff „russische Spezialoperation“ zu verwenden, außer in spöttischer Absicht. Heute ist der israelische Ausdruck „Israel-Hamas-Krieg“ zur Regel geworden, als stünden sich zwei gleichberechtigte Seiten gegenüber oder als wären die meisten Opfer Soldaten der Al-Qasam-Brigaden.

In den Zeitungen werden verschiedene Ausdrücke verwendet, aber die Hamas wird fast immer als „Terrororganisation“ bezeichnet – obwohl nur die USA und die EU sie als solche betrachten – wodurch Israel a priori von all seinen Verbrechen freigesprochen wird. „Wenn man es mit dem absoluten Bösen zu tun hat, ist alles erlaubt, oder?“

Ein CNN-Reporter (Daniel Boguslaw) legte die Anweisungen seiner Redaktion offen:

Die Worte „Kriegsverbrechen“ und „Völkermord“ sind verboten. Die israelischen Bombenangriffe in Gaza sind als „Explosionen“ zu bezeichnen, für die niemand schuldig ist, bevor die israelische Armee die Verantwortung zugibt oder zurückweist. Die von der Regierung vorgegebenen Zitate und Nachrichten werden in der Regel schnell genehmigt, während diejenigen von den Palästinensern in der Regel genau geprüft und mit Vorsicht behandelt werden.

„Der Hamas zufolge“

Wir alle wissen, wie misstrauisch die vom Gesundheitsministerium des Gazastreifens vorgelegten Zahlen über Todesopfer aufgenommen werden, die bis zu diesem Tag mit dem Ausdruck „laut Hamas“ abgeschwächt werden, obwohl es in Wirklichkeit eher den Anschein hat, dass sie niedriger angesetzt sind. Die Art und Weise, wie mit palästinensischen Geiseln umgegangen wird, wie sie nackt ausgezogen, gedemütigt und gefoltert werden, wird relativiert, der Verdacht einer Hamas-Mitgliedschaft rechtfertigt „Notmaßnahmen“. Andererseits wurden die nach dem 7. Oktober verbreiteten Falschmeldungen – aufgeschlitzte Bäuche von Frauen, geköpfte oder bei lebendigem Leib in Öfen verbrannte Babys – auf der ganzen Welt wiederholt, weil sie von israelischen Beamten bestätigt worden waren. Nachdem der Betrug

aufgedeckt worden war, hielt es kein Medienorgan für nötig, zuzugeben, dass es sich der Verbreitung israelischer Propaganda schuldig gemacht hatte. In Frankreich ist der Sprecher der israelischen Armee bei jedem Nachrichtensender ein gern gesehener Gast, und wenn ein Journalist es zufällig wagt, seinen Job zu machen und ihm wirklich Fragen zu stellen, wird er von seinen Arbeitgebern gerügt.

In der Zwischenzeit bleibt die beschämend rassistische Rhetorik, die an Aufstachelung zu Hass oder Gewalt grenzt und sich gegen diejenigen richtet, die die israelische Armee kritisieren, praktisch unbeachtet. Ganz zu schweigen von dem Misstrauen gegenüber wegen ihrer Hautfarbe diskriminierten Journalisten, die sich des „Kommunitarismus“ schuldig machen, wenn sie einen anderen Standpunkt vertreten.

Während Israel sich weigert, ausländischen Journalisten die Einreise nach Gaza zu erlauben – mit Ausnahme derer, die sich für eine geführte Tour „einbetten“ lassen, was viele Korrespondenten ohne die geringste kritische Distanz akzeptieren – wurden nur wenige Proteste gegen diesen Ausschluss erhoben. Der Berufsstand hat auch nicht gegen die Ermordung von 109 palästinensischen Journalisten protestiert, eine Zahl, die in keinem der jüngsten Konflikte erreicht wurde. Wären diese Reporter Europäer gewesen, was hätten wir nicht alles zu hören bekommen? Schlimmer noch: In seinem am 15. Dezember 2023 veröffentlichten Jahresrückblick erwähnt Reporter ohne Grenzen (RSF) „17 [palästinensische] Journalisten, die im Dienst getötet wurden“, eine „Nachricht“, die von mehreren französischen Medien aufgegriffen wurde. Die Formulierung ist erschreckend schamlos, vor allem wenn wir uns daran erinnern, dass die israelische Armee die Gewohnheit hat, Journalisten gezielt ins Visier zu nehmen, woran uns der Mord an Shireen Abu Akleh erinnert hat.

Am Sonntag, dem 7. Januar, wurden zwei weitere palästinensische Kollegen getötet, als eine israelische Lenkrakete ihr Auto traf, westlich von Khan Younis. Einer von ihnen war kein anderer als der Sohn von Wael Dahboub, dem Büroleiter von Al-Jazira in Gaza. Die Hälfte seiner Familie wurde von der israelischen Armee massakriert, auch sein Kameramann kam ums Leben.

Und gerade diesen palästinensischen Journalisten verdanken wir die meisten Bilder, die uns erreicht haben. Und obwohl einige von ihnen bereits als „Fixierer“ für französische Korrespondenten gearbeitet haben, bleiben sie einfach schon deshalb von vornherein verdächtig, weil sie Palästinenser sind. Unterdessen wiederholen ihre israelischen Kollegen mit sehr wenigen Ausnahmen (+972, ein paar Haaretz Journalisten) ehrerbietig die Gesprächsthemen der Armee.

Ethnische Säuberung ... warum nicht?

In den letzten Tagen haben wir unheimliche Debatten erlebt. Ist es möglich, ruhig und gelassen, „normal“, in Radio- und Fernsehstudios über Vorschläge zur Umsiedlung der palästinensischen Bevölkerung in den Kongo, nach Ruanda oder nach Osteuropa zu diskutieren, ohne darauf hinzuweisen, dass es sich dabei um Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit handelt? Ganz zu schweigen von der Tatsache, dass Menschen, die diese Vorschläge hier und da machen, wegen der Befürwortung von Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt werden sollten?

Nach Angaben der Vereinten Nationen ist der Gazastreifen zu einem „Ort des Todes, unbewohnbar“ geworden. Jeden Tag kommen Nachrichten über mehr Tote (über 23.000), über mehr Verwundete (über 58.000), über bombardierte medizinische Einrichtungen, Massenhinrichtungen, großangelegte Folterungen, pulverisierte Schulen und Universitäten, zerstörte Häuser. So viele an der Zahl, dass ein neuer Begriff geprägt wurde: „Domizid“, um die systemati-

sche Zerstörung von menschlichem Zuhause zu beschreiben. Es kommt selten vor, dass eines dieser Verbrechen von Korrespondenten recherchiert wird. Doch allein das Memorandum, das von Südafrika beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag eingereicht wurde⁴, würde ausreichen, um den Medien Dutzende Exklusivnachrichten zu liefern. Diese würden dazu beitragen, den Opfern (nicht nur denen des 7. Oktober) einen Namen, ein Gesicht, eine Identität zu geben. Sie würden Israel und die Vereinigten Staaten, die ihm unverfroren Waffen liefern, sowie die anderen westlichen Länder und insbesondere Frankreich dazu verpflichten, sich ihrer Verantwortung zu stellen, was nicht heißen kann, einer sterbenden Bevölkerung ein paar Hilfslieferungen per Fallschirm abzuwerfen oder „unsere Besorgnis“ in einer Pressemitteilung zum Ausdruck zu bringen.

Zum allerersten Mal findet auf bestimmten panarabischen Nachrichtensendern und in sozialen Netzwerken ein Völkermord live statt, was im Fall Ruanda oder Srebrenica nicht der Fall war. Gleichzeitig ist es bestürzend, zu beobachten, wie leicht dieses Massaker nach und nach von den Titelseiten unserer Zeitungen und vom Anfang unserer Fernsehnachrichten verdrängt und zu einem zweitrangigen Thema gemacht wird. Doch genauso wie die Unter-

zeichnerstaaten der Völkermordkonvention verpflichtet sind, Maßnahmen zu ergreifen, um einen solchen zu verhindern, wird auch von Journalisten erwartet, dass sie ihr Bestes tun, um dem in Gaza begangenen Verbrechen ein Ende zu setzen.

Um nicht Partei bei diesem Völkermord zu sein, kann Frankreich dazu beitragen, ihn zu beenden: durch die Aussetzung seiner militärischen Zusammenarbeit mit Israel, durch Verhängen von Sanktionen gegen französische Bürger, die an den Verbrechen im Gazastreifen beteiligt sind, durch die Aussetzung des Rechts der Siedler im Westjordanland, unseren Schalter zu betreten, durch die Aussetzung der Einfuhr israelischer Waren, von denen einige aus den Siedlerkolonien stammen und entgegen der europäischen Bestimmungen vermarktet werden.

Ende Dezember verurteilte die US-Regierung nach einem russischen Angriff auf ukrainische Städte, der etwa dreißig Todesopfer forderte, „diese schrecklichen Bombenangriffe“, während Paris die „russische Terrorstrategie“ anprangerte. Die Schlagzeile in *Le Monde*: „Die russische Terrorkampagne.“ Wie lange dauert es noch, bis Israels Krieg gegen Gaza als Terrorismus bezeichnet wird?

Alain Gresh: Publikationsleiter von Orient XXI. Als Nahostexperte ist er Autor mehrerer Bücher, darunter De quoi la Palestine est-elle le nom ?, Les Liens qui libèrent, 2010 und mit Hélène Aldeguer Un chant d'amour. Israël-Palestine, une histoire française, Editions La Découverte, 2017.

Sarra Grira: Journalistin, PhD der französischen Literatur, Chefredakteurin von Orient XXI.

Quelle: <https://orientxxi.info/magazine/gaza-the-media-accompaniment-to-a-genocide.6987>

³ Nachzulesen in der Untersuchung in der israelischen Zeitschrift *+972*, Yuval Abraham, „In Israels Folterlager für Gaza-Häftlinge“.

⁴ <https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/192/192-20231228-app-01-00-en.pdf>

Übersetzung: R. Häberle, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de